

Kniefall vor 50 Jahren / Eine Erinnerung / Gunter Hofmann

Wie oft wurde Willy Brandt nach verborgenen Motiven gefragt, nach seiner ganz persönlichen Deutung dieses außergewöhnlichen Tages in Warschau. In der Regel beschränkte er sich auf Repliken wie diese in seinen *Erinnerungen*, die er 1989 publizierte: „Ich hatte nichts geplant, aber Schloss Wilanow, wo ich untergebracht war, in dem Gefühl verlassen, die Besonderheit des Gedenkens am Ghetto-Monument zum Ausdruck bringen zu müssen. Am Abgrund der deutschen Geschichte und unter der Last der Millionen Ermordeten tat ich, was Menschen tun, wenn die Sprache versagt“. Gemeint war seine Geste vom 7. Dezember 1970, als er zur Überraschung aller Umstehenden, auch der vertrautesten Mitarbeiter, für einige Sekunden auf die Knie fiel, wortlos, mit erstarrter Miene, um sich dann mit einem Ruck zu erheben. 50 Jahre sind seitdem vergangen.

Das Bild vom „anderen Deutschen“ und seiner Demutsgeste ging prompt um die Welt, Ost und West spendete ihm Applaus. In der Bundesrepublik hingegen löste Brandt damit einen Disput aus, 48 Prozent fanden seine Geste überzogen, 41 Prozent applaudierten. Polens Zensur ließ nur ein Foto vor dem Mahnmal erscheinen, bei dem der untere Teil abgeschnitten war. Es sollte so aussehen, als stehe Brandt. Ein Zeichen der Demut wie dieses widersprach gar zu sehr dem offiziellen Feindbild vom revisionistischen Westdeutschland.

Was macht den Kniefall selbst heute noch, nach einem halben Jahrhundert, so eindringlich, weshalb ragt er so heraus, warum wird man das eigentümliche Gefühl nicht los, es bleibe auch eine Metapher, die uns etwas zu sagen hat? Sein Leben im Exil als „Anti-Nazi“, wie er gern sagte, seit er 1933 Deutschland heimlich Richtung Dänemark und Norwegen verlassen hatte, seine Ausbürgerung, seine zwölf skandinavischen Jahre, seine Hoffnungen schon während des Krieges auf ein demokratisches, sozial gerechtes, europäisch eingebettetes Deutschland und die „Vereinigten Staaten von Europa“ – das alles hatte ihn zum „anderen Deutschen“ gemacht. Dass „Hitler nicht Deutschland ist“, gehörte zum Kern seiner Botschaft als Journalist, damit nicht zuletzt (plus seinen Beobachtungen vom Nürnberger Kriegsverbrecherprozess vor dem Militärtribunal) befasste er sich kurz nach Kriegsende in seinem Buch *„Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht über Deutschland 1946“*. Das Wort wurde ihm im Munde herumgedreht, er wurde diffamiert deswegen als Vaterlandsverräter; aber er hatte sich darin ja gerade gegen Kollektivurteile über die Deutschen gewehrt und ein „anderes Deutschland“ anvisiert (samt Widerstand, sei es der preußische Offizierswiderstand vom 20. Juli, sei es der Widerstand des standhaften Teils der Arbeiterbewegung, von Sozialdemokraten, auch von Kirchenleuten). Franz Josef Strauß höhnte, wir – er meinte die Mehrheitsdeutschen – wissen ja, was wir in den zwölf Jahren gemacht habe, aber „was haben Sie gemacht?“ Konrad Adenauer giftete mit Reden über die Herkunft von „Herbert Frahm“. Aber selbst aus den eigenen Reihen schlugen ihm wegen des Exils Ressentiments entgegen.

Das ist oft erzählt worden, ich will hier nicht näher darauf eingehen. Man wird aber die Chiffre „Kniefall“ nicht annähernd verstehen können, wenn man diese

Vorgeschichte nicht mitdenkt. Gegenüber der Journalistin Birgit Kraatz, einer *Spiegel*-Korrespondentin aus Rom, die er schätzte, bemerkte er in einem kleinen, schönen Gesprächsbüchlein („... wir sind nicht zu Helden geboren“) selbstkritisch, er habe sich „viel zu defensiv“ gegenüber solchen Anfeindungen verhalten – um im gleichen Atemzug versöhnlich wie gewohnt darüber nachzudenken, weshalb die Mehrheitsdeutschen nach dem Krieg nicht kritischer mit sich selber ins Gericht gegangen seien. Ein größerer „Neuanfang“ und ein radikalerer Schnitt zu den Hitlerjahren sei kaum möglich gewesen. Brandt zu Birgit Kraatz milde: Der Mensch schwimmt nicht gern gegen den Strom.

Keinesfalls, so hat er mir einmal im Gespräch erläutert, wollte er als Ankläger auftreten 1946 und später, nach seiner Rückkehr aus Norwegen. Lieber über die Vergangenheit schweigen und nach vorne schauen! Er wusste, ahnte, spürte, dass ihm das eine Rückkehr, oder jedenfalls eine politische Karriere, vollends unmöglich gemacht hätte. Was nicht für Deutschland spricht. Sein schönstes Erinnerungsbuch, über Jugend und Exil, hatte er zunächst „Lieber rot als braun“ nennen wollen, gab ihm dann aber wohlweislich den Titel „*Links und frei*“. Er blieb auf der Hut. Er wollte Anerkennung und Einfluss.

Der Kniefall freilich gehörte zu den seltenen Momenten, in denen er sich ganz frei machte von Zwängen und Rolle und den Erfahrungen in dem Land, das ihn nur zögerlich repatriierte. Am Mahnmal musste er nichts sagen. Schweigend adressierte er eine Botschaft an die Polen, aber auch an die Deutschen, diesmal gar nicht defensiv. Einen ähnlichen Moment, in dem er den Vorhang ein wenig lüpfte, hatte es schon einmal gegeben: 1969, nach der Wahl zum Kanzler an der Spitze einer sozialliberalen Koalition, erlaubte er sich im kleinen Freundeskreis zu bekennen, jetzt habe Hitler endgültig den Krieg verloren. Auch sein Satz, wir stünden nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an, war von dieser Qualität. Seltene Ausnahmen.

Das habe er den Polen „leider nicht ersparen können“, erwiderte Brandt bekanntlich auf die Frage seines Kanzleramtsministers Horst Ehmke nach der Rückkehr von der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages, dem Anlass seiner Visite in Warschau. Ob ihm bewusst gewesen sei in dem denkwürdigen Augenblick, dass er vor dem Denkmal zum Aufstand im jüdischen Ghetto im Jahr 1943 stand, hatte Ehmke wissen wollen. Ein Denkmal zur Erinnerung an den Warschauer Aufstand 1944 – nach dem die Stadt von den deutschen Truppen dem Erdboden gleich gemacht wurde - existierte zu dem Zeitpunkt nicht. Und am Grabmal des Unbekannten Soldaten, dass Brandt am selben Morgen, vor dem Ghettomahnmal, besuchte, hatte er es damit bewenden lassen, einen Kranz niederzulegen. Gefolgt war er danach dann, am Vormittag des 7. Dezember – sagen wir: einer inneren Stimme, der Leitlinie seines Lebens.

Peinlich für die Gastgeber war es zum ersten, weil der kniende deutsche Politiker so gar nicht zum Klischee von den unbelehrbaren Deutschen passte, von denen einige immer noch behaupteten, Ostpreußen und Schlesien sei „unser“. Das zielte gegen Brandts Vertragspolitik. Und zweitens: Angeführt von dem nationalkonservativen Innenminister Mieczyslaw Moczar war 1968 in Polen eine antisemitische Lawine losgetreten worden, die zehntausende von Juden in den Folgejahren zur Emigration trieb. Kein Mehrheitsdeutscher, kein Kanzler Kiesinger, dem seine eigene Karriere in Ribbentrops Auswärtigem Amt anhaftete, hätte eine solche Andeutung wagen können. Von Brandt wusste jedermann, dass er mit seinen Emigrationsfreunden Hitler, den Nationalismus

und den militanten Antisemitismus bekämpft hatte. Josef Cyrankiewicz, der polnische Ministerpräsident, hatte selbst Mauthausen überlebt. Brandt zählte ihn ausdrücklich zum „sozialdemokratischen Teil der PVAP, der kommunistischen Arbeitspartei“ – also zu den politisch nahen Verwandten, die nur die Geschichte Europas getrennt hatte. Auf dem Weg zum Flugplatz, so Brandt in den *Erinnerungen*, habe Cyrankiewicz ihn am Arm gefasst und erzählt, die Geste vor dem Mahnmal sei doch vielen nahe gegangen, seine Frau habe abends mit einer Freundin in Wien telefoniert, und beide hätten bitterlich geweint.

Von der anderen „polnischen Botschaft“ an seine Gastgeber hat Brandt zumindest andeutend - wie es seine Art war - auch selber gesprochen. Mit dem legendären Wort, der Schlüssel zur Normalisierung liege in Moskau, fühlten auch wohlmeinende Polen sich provoziert. Zutiefst widerstrebte ihnen, dass der Kern des Warschauer Vertrag letztendlich in Moskau ausgehandelt würde, was sie einmal mehr zu Statisten in eigener Sache degradierte – Russen und Deutsche verhandeln nicht zum ersten Mal über Polens Schicksal. Brandt war schon 1970 nach eigener Auskunft gefragt worden, warum er nicht den Vertrag, „der mit dem unsäglich misshandelten Polen zu schließen war, dem mit der Sowjetunion vorgezogen hätte“. Auch die polnische Führung, welche die Machtverhältnisse kannte, hätte es zumindest vorgezogen, wie Brandt wusste, wenn die Erklärung zur Oder-Neiße-Grenze wenigstens zuerst in Warschau zu Protokoll gegeben worden wäre – „als ‚Geschenk der Russen‘ erschien sie nur halb soviel wert.“ Aber Brandt war zu sehr Realist, um dem zu folgen; es ging nicht, meinte er, im Ratifizierungsverfahren den Warschauer Vertrag dem Moskauer vorzuziehen, selbst Polens Parteichef Gomulka warnte davor. Auch darauf antwortete – wortlos – der Kniefall. Ja, der Schlüssel zur Vertragspolitik lag in Moskau. Der „moralische Schlüssel“ aber lag in Warschau, in dem Land, das die Deutschen am 1. September 1939 überfallen hatten und von dem aus sie wenig später in die Sowjetunion einmarschierten. Darum stand im Zentrum des Abkommens die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Westverschiebung Polens als Folge des Krieges. Das war die härteste „realpolitische“ Konsequenz einer moralisch-politischen Haltung, die Brandt zuhause Diffamierungen wie „Verrat“ und „Verzichtkanzler“ eingetragen hatten. Seine Exilerfahrungen holten ihn mit solchen Beschimpfungen wieder ein. Damals wurde er tatsächlich ausgebürgert, jetzt ging es um seine innere Ausbürgerung. Er schwankte – aber kapitulierte nicht. Manchmal ertappt man sich bei dem Gedanken, allein das schon sei ein kleines Wunder.

Nicht nur mit der westdeutschen Bonner Regierung hatten die Polen den Vertrag über die „Grundlagen der Normalisierung“ am 7. Dezember ratifiziert, sondern speziell auch mit der Person Willy Brandt. Cyrankiewicz: Die Polen seien sich bewusst, dass auf deutscher Seite jemand den Vertrag unterzeichnet habe, „der schon am Beginn der Machtübernahme durch den Faschismus das grenzenlose Unglück begriff, das dadurch für das deutsche Volk, für die Völker Europas, für den Frieden in der Welt entstehen würde“.

Am Abend dieses Tages vor fünfzig Jahren saß Brandt im Hotel mit Freunden und Journalisten zusammen und grübelte über das, was er beobachtet hatte. Er suchte Antworten auf die Frage, weshalb ihm im eigenen Land als Rückkehrer aus der Emigration 1946 und später so viel Misstrauen, im Streit um die Ostpolitik sogar offener Hass entgegenschlage. Er hatte Deutschland unter Hitler von seiner neuen skandinavischen Heimat, vom Lebensrettungshafen aus

verteidigt: Es sei nicht die Mehrheit, die Hitler zujubelte, der Idealismus am Anfang sei bei vielen verfolgt, die Verbrechen und den „totalen Krieg“ hätten die normalen Deutschen jedenfalls nicht gewollt. Was trieb seine Landsleute, sich einem Brückenbau zwischen den Mehrheitsdeutschen und einem Minderheitsdeutschen wie ihm derart zu widersetzen? Das zweimalige Scheitern als Kanzlerkandidat hatte er als *seine* Niederlage begriffen. Die Nichtanerkennung seines Lebenswegs las er daraus heraus. Diese Erfahrung im eigenen Land kam ihm in Warschau in den Sinn, sie kontrastierte merkwürdig mit dem frischen Eindruck des Besuches: Ein „europäisches Gespräch“ hatte er mit den Gastgebern führen können, ohne Feindbilder, mit ihnen war ein Brückenschlag möglich. Brandt dachte über seine Wunden nach.

Bewusst war Brandt die ewige Asymmetrie zwischen Deutschland und Polen (und Freunden wie Peter Bender, auf die er hörte). Richtig, die Grenzfrage und nicht die deutsche Polenpolitik von 1939 bis 1945 hatte den Polendiskurs in der Bundesrepublik bestimmt (Adam Krzeminski). Lange Jahre hatte Brandt selbst an die Oder-Neiße-Frage nicht rühren wollen. Seit wann ahnte er, dass er sich korrigieren muss? Auch hier mögen kluge Stimmen wie die Klaus von Bismarcks, von Günter Grass oder Peter Bender und Carola Stern eine Rolle gespielt haben – der Diskurspolitiker Brandt hörte zu, auch wenn er nicht immer darüber laut sprach. Mit dem Warschauer Vertrag jedenfalls wurde viel von dieser Asymmetrie beseitigt, soweit per Regelwerk möglich.

Der „Kniefall“ – enigmatisch wie so vieles bei Brandt – symbolisierte, wie ich mich entsinne, auch für uns junge Journalisten schon im ersten Moment etwas, auf das man lange gewartet hatte; ein eindeutiges, klares Bekenntnis, dass die Deutschen für die Folgen des Krieges, den sie ausgelöst hatten, die Verantwortung übernehmen. Nicht einmal die erbitterten Gegner à la Strauß konnten leicht dagegen auftrumpfen. Washington mochte klagen über die Emanzipation der unbotmäßigen Deutschen, die ankündigten, der amerikanische Bündnispartner werde über die Ostpolitik selbstverständlich informiert, wenn auch nicht „konsultiert“. Derart offen war das Duo Brandt/Bahr gegenüber den USA allerdings erst geworden, als sich dort – Jahre nach Kennedys Ermordung – der Wind gedreht hatte. In Washington hieß es zu Nixon/Kissinger-Zeiten dann, wenn jemand Entspannung verfolgt, dann wir. Zum Kniefall aber konnte Washington kaum einwenden, dazu seien die Deutschen nicht befugt, er ließ sich auch nicht als *appeasement* denunzieren. Es gab kein Kraut dagegen. Viele böse Worte von Nixon und Kissinger über Brandt/Bahr wurden später publik. Und Moskau? Auch den Kremlherren war plötzlich ein Vorwand genommen, „Entfeindung“ hatte Bahr das genannt. Diese Ostpolitik, vom Kniefall versinnbildlicht, machte Angst, sie ließ sich denunzieren als „Aggression auf Filzlatschen“. Aber gegen solche Floskeln stand einfach der „andere Deutsche“ mit seinem Lebenslauf. Brandt schwieg zu alledem.

Den Deutschen wiederum riet er Realismus. Nichts gehe verloren, was sie nicht selbst durch den Krieg verspielt haben, sagte er noch von Warschau aus. Aber eine Sonderverpflichtung, eine historische Bringschuld blieb: Die Deutschen mussten zugehen auf die Nachbarn mit einem Versöhnungsangebot, mit einem Schuldanerkenntnis, mit einer Politik der Zurückhaltung, ohne die Sprache des Kalten Krieges.

Als „Regierender“ in Berlin hatte man Willy Brandt auch anders erlebt, er kam sich selber im Rückblick manchmal als „Kalter Krieger“ vor. Selbst mit Adenauers

Wiedervereinigungs-Rhetorik sympathisierte er, mit Westbindung und Integration in die Nato ohnehin. Erst sehr behutsam hatte er eine Alternative zu Adenauers Denken gesucht, der Mauerbau 1961 zeigte endgültig die Grenzen der christdemokratischen Deutschlandpolitik auf, die Teilung schien nun verewigt. Mit den Ostverträgen von SPD und FDP wurde diese Alternative – Entspannung in Europa, um am Ende vielleicht auch eine Wiederannäherung der beiden deutschen Staaten möglich zu machen - zu Ende gedacht. In Tutzing 1963 hatte Egon Bahr das mit der Formel vom „Wandel durch Annäherung“ auf den Begriff gebracht.

Ansätze, das Muster der Ost-West-Konfrontation und der „Politik der Stärke“ zu sprengen, gab es seit Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre. Es gab nicht den *einen* masterplan, auf den alles zusteuerte. Osmotisch saugten Brandt, Bahr und einige Freunde auf, wie man nach Mauerbau und Kubakrise allmählich zum Abbau der Konfrontation beitragen könne. Genau zugehört hatte Brandt in Berlin auch dem amerikanischen Diplomaten und Historiker George F. Kennan, der dem Westen riet, den Kalten Krieg zu beenden. Auf seine eigenen demokratischen Stärken, auf seine moralischen Werte müsse er vertrauen, allein mit militärischen Mitteln sei der Kommunismus schwerlich einzudämmen. John F. Kennedy als Präsident machte sich das zur Maxime, Entspannung, Zurückhaltung, Selbstvertrauen. Beim Duo in Berlin Brandt/Bahr, rannte er damit – trotz aller Enttäuschung über das verlegene Schweigen am Tag des Mauerbaus - offene Türen ein.

Brandt drängte zunächst auf „kleine Schritte“ zwischen den deutschen Staaten. Eine Annäherung würde vielleicht auch in Moskau etwas bewirken. Über große Ziele sprach er nicht. Ich entsinne mich, mit Brandt darüber gesprochen zu haben. Auf nichts ließ er sich ein. An die Systemfrage habe man nicht gerührt, blickte er in den achtziger Jahren zurück, als Michail Gorbatschow bereits am Ruder war. Und vorher verbot sich das laute Nachdenken ohnehin, wenn die Deutschen Vertrauen gewinnen wollten. Auf dem Weg zu dieser Vertrauensbildung bildete der 7. Dezember, wie man im Rückblick genauer sieht, eine entscheidende Station. Ich denke unverändert, dass die Ostpolitik, wie Brandt sie verstand, gerade auch der Augenblick in Warschau, ein subversives Moment hätte, aber gerade dann musste er schweigen darüber.

Dafür hatte das Gespräch im Dezember 1970 zwischen den polnischen Kommunisten und dem Exilanten, der deutscher Kanzler geworden war, schon einmal ein geeintes Europa antizipiert, als würde es nicht länger von Mauer und Stacheldraht getrennt. Und hatte nicht das geeinte Westeuropa diese verlockende Sprengkraft? Waren Raissa und Michail Gorbatschow nicht enthusiastisch von diesem freien Europa, das sie erlebten? Vielleicht lag Brandt gar nicht falsch, wenn er argumentierte, Europas Einheit müsse einer deutschen Wiederannäherung vorausgehen. Die Reihenfolge sah am Ende zwar anders aus. Aber das Vorwegdenken des vereinten Ost-West-Europa hat vermutlich viel beigetragen zur großen Zäsur von 1989, allein das schon wirkte subversiv.

Heute sieht es so aus, als sei der Kniefall zur historischen Ikone geworden, ins kollektive Gedächtnis der geeinten Nation integriert. Vielleicht ist es ja wirklich so. In einer Rede über Deutschland 1988 spottete Willy Brandt, man könne manchmal den Eindruck gewinnen, als seien „eh alle für die Ostpolitik gewesen“. Von der Erfolgsgeschichte, als die sie sich erwies, wollten eben alle profitieren. Warum auch nicht? Mit der Geste in Warschau könnte es ähnlich sein.

Erinnern muss man dennoch daran, wie sehr der Kniefall, wie stark aber vor allem die Person Willy Brandt seinerzeit polarisierte. Die Geister schieden sich an ihm. Nur 1972 änderte sich das kurz, nach den Ostverträgen, als er gestürzt werden sollte – und die halbe Welt ihm applaudierte.

Auch nach der Warschau-Visite fand er außerhalb der Landesgrenzen mehr Anerkennung als im eigenen Land. Die Ostverträge hatte er mit Hilfe diese Echos von außen mehrheitsfähig gemacht. Den größten Wahlsieg ihrer Geschichte fuhr die SPD 1972 ein – mit dem „anderen Deutschen“. Dann wurde er bald wieder mürbe gemacht – und war erschöpft. Guillaume, Rücktritt 1974, seine Kanzlerschaft blieb unausgeschöpft.

Der Mann, der kniete: Er hatte den Deutschen nie gepredigt, sie hätten nach der Befreiung von außen, im Frühjahr 1945, gründlich Remedur schaffen, einen revolutionären Schnitt machen, sich zu einer „Stunde Null“ durchringen sollen. Nie trat er als Sieger auf. Nur als er in Oslo den Preis entgegennahm – und das bleibt in Erinnerung -, konnte man spüren, er nehme die Auszeichnung wie eine nachgeholt „Stunde Null“ war. Ganz bei sich war er. Mit Vergnügen erzählte er die Geschichte von dem kleinen Indianerjungen, der nach einem der üblichen Indianerfilme seinen Vater traurig fragt, „do we never win?“ Der Indianerjunge war er, wollte er sagen. Jetzt hatte er gewonnen. Ausgerechnet jemand, den der Linksintellektuelle Hans Mayer, der Freund Ernst Blochs, ein Brandt-Bekannter aus den Weimarer Jahren, einen „ewigen Dissidenten“ nannte. Ein unvergessenes Wort. Brandt hätte das wohl als Ehrentitel begriffen.

Ich denke, von Warschau 1970 führte eine direkte Linie nach Oslo. Seine Nobelpreisrede erwies sich wieder als einer jener raren Momente, in denen er offen redete. Als wäre ihm die Vergangenheit nie vorgehalten worden, grüßte er nun gelöst die ehemaligen Freunde der *résistance*. So viel Anerkennung auf dieser Weltbühne, das relativierte vieles von dem, was zu seiner Vita gesagt worden war. Deutschland habe sich „mit sich selbst versöhnt“, bilanzierte er nun generös, es habe „zu sich selbst zurückgefunden“. Er hoffe, dachte er laut vor sich hin, einem „neuen Realitätssinn“ den Weg geebnet und zu der Einsicht beigetragen zu haben, ein guter Deutscher könne kein Nationalist sein.

Unbestreitbar war Brandt auch ein Kanzler der inneren Reformen, er kämpfte förmlich darum, dass das anerkannt werde: Er wollte ja auch als „normaler“ Regierungschef gelten, nicht reduziert werden auf die Ostpolitik, mit der er seine Schuldigkeit getan haben sollte. Zur Ausnahme, zum Ausnahmekanzler machte ihn dennoch sein Lebenslauf, seine Entscheidung, sich auf die Seite der Minderheitsdeutschen zu begeben, und in der inneren Kontinuität seines Lebens die Ostpolitik zu verfolgen und gegen alle Widrigkeiten zu realisieren.

Natürlich denke auch ich oft, was Willy Brandt heute wohl sagen würde. Nur: So entschieden und klar er sich in nationalen Hauptsachen engagierte, so vorsichtig, widersprüchlich und ambivalent konnte er in anderen Fragen bleiben. Das alles machte ihn zur Projektionsfläche für vielerlei Optionen. Man macht es sich sicher oft gar zu leicht, wenn man sich mit seinem Namen illuminiert. So sehr er die Entspannungspolitik forcierte, einen neuen Kalten Krieg fürchtete, skeptisch gegenüber der Nachrüstung blieb, den Dialog auch mit Widersachern vorzog gegen jede Politik der Stärke, das nukleare Wettrüsten in den achtziger Jahren für brandgefährlich hielt – ein Pazifist war er darum nicht. Zu oft ist der Realpolitiker, der er war, unterschätzt worden. Welche „Chuzpe“, befand er, dass Helmut Schmidt und andere nach ihm von einer „realistischen

Entspannungspolitik“ sprachen. Brandt: Als hätte nicht gerade die Anerkennung der Realitäten – schon in Berlin, aber auch danach -, Teilung, Mauer, Oder-Neiße-Grenze als Folge des Krieges, im Zentrum seiner Politik gestanden.

So sah er freilich auch die Friedensbewegung: Recht gab er ihr, weil West und Ost mit Atomwaffen überrüstet hatten und er der Militärlogik gründlich misstraute. Nur schade, dass sich seine Partei, die SPD, die sein Leben geworden war, im Streit darüber hatte in die Defensive bringen lassen. Es war doch ihr Thema, sein Thema. Was also hätte er zur Aufkündigung des Abkommens über Interkontinentalwaffen 2020 gesagt? Was zur Aufkündigung des Iran-Abkommens, gleichfalls durch einen amerikanischen Präsidenten?

Man kann die Liste verlängern. Klar, in Sachen Ökologie und „Grenzen des Wachstums“ – heute: Klima - hörte er sehr früh aufmerksam zu. Dass das Feld den Grünen überlassen wurde, schmerzte. Später widmete er sich der kompletten Asymmetrie zwischen Nord und Süd – einer Frage, die an Sprengkraft für ihn sicher nichts eingebüßt hätte.

Die jüngste Vergangenheit war kein „Vogelschiss“. Moralischer Rigorist war er nicht, aber es lag ihm an Trennschärfe, nicht alles war erlaubt.

Zum engen Nationalisten konnte und kann man Brandt gewiss nicht umdeuten. Dass Europa sich „ein Stück weit“ von Amerika emanzipieren muss, hätte er wohl unterstützt – aber als Transatlantiker der ersten Stunde. Er wollte ein selbstbewusstes, europäisch verwurzelt Deutschland – das Selbstbewusstsein, das er „Patriotismus“ nannte, sollte sich aus einem anständigen Umgang mit der Vergangenheit herleiten. Der Kniefall war sicher nicht als Schlusspunkt, er war als Bekenntnis und Auftakt gedacht.

Aber was hätte Willy Brandt Brüssel geraten, wie man mit Ländern wie Polen und Ungarn verfahren soll, die jedes Rechtsstaatsverständnis vermissen lassen, Lippenbekenntnisse zur freien Presse ablegen, Europa zur Festung gegen die „Asylantenflut“ ausbauen wollen? Wie hätte er „wir schaffen das“ kommentiert? Wie hätte er reagiert auf den Brexit, zumal er noch im Amt die Briten nach Europa mit hineinkomplimentieren wollte, weil er sich ohne sie eine europäische Gemeinschaft nicht vorstellen konnte? Würde er heute Chancen – oder gar die Notwendigkeit - zu einer „Europäisierung Europas“ sehen, während er, als Peter Bender das Wort in Umlauf brachte, trotz aller Sympathie für den großen de Gaulle und sein „Europa der Vaterländer“ zögerte?

Ich möchte nur sagen: Man sollte Brandt nicht billig vereinnahmen. Ja, eine Politik des Dialogs lag ihm am Herzen. Gespräche auch zwischen erbitterten Widersachern. Im Inneren hieß das, Legitimation durch Diskurs. Sein Versprechen 1969, „mehr Demokratie zu wagen“, mag dem Zeitgeist entsprochen haben, es gehörte aber auch zu seiner Vorstellung schon im Exil von einem „anderen Deutschland“, das nicht autoritär auftritt. Allerdings: Die Politik 1970, zwischen den Ost-West-Blöcken, aber auch im eigenen Land, schien berechenbarer. Vielleicht gehört das alles zur Welt von gestern?

Selbst wenn es so wäre, man wünschte sich viel von diesem Geist. Damals, vor fünfzig Jahren. 7. Dezember 1970: Ein einzelner Politiker als normative Instanz. Die Welt glaubte ihm, und diese Wertschätzung für den „anderen Deutschen“ wirkte auf die zaudernde Mehrheit zurück.

Aber man täusche sich nicht im „ewigen Dissidenten“: So versöhnlich Willy Brandt selbst sich in aller Regel verhielt, der „Kniefall“ bleibt ein Stachel und eine Herausforderung, dahinter kann man nicht einfach zurück.